

"Falsche Fuffziger statt der D-Mark?" in Die Zeit (6. April 1990)

Quelle: Die Zeit. 06.04.1990, n° 15. Hamburg.

Urheberrecht: (c) Die Zeit

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"falsche_fuffziger_statt_der_d_mark_"_in_die_zeit_6_april_1990-de-dafa8125-6df9-4d50-bdf7-286b00358beb.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 18/09/2012

Falsche Fuffziger statt der D-Mark?

Eins zu eins ist der einzige richtige Umtauschkurs für die DDR / Von Roger de Weck

Hat Bonn das ernst gemeint mit der „sozialen“ Marktwirtschaft? Die bange Frage stellen sich fast alle Bürger der DDR. Sie haben an die Währungsunion mit der Bundesrepublik große Hoffnungen geknüpft: „Kommt die D-Mark, bleiben wir; kommt sie nicht, gehn wir zu ihr.“ Im Wahlkampf erweckte Helmut Kohl den Eindruck, er werde Großzügigkeit walten lassen. Damit verhalf er der Ost-CDU zu ihrem Triumph. Kaum sind jedoch die Wahlen vorbei, schlagen plötzlich die Fachminister in Bonn und der Zentralbankrat zu Frankfurt einen ganz anderen Ton an.

Bundesfinanzminister Theo Waigel, Bundeswirtschaftsminister Helmut Haussmann und der Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl wollen nicht zulassen, daß die Menschen in der DDR aus dem Umtausch ihrer minderwertigen Ost-Mark in die begehrte D-Mark einen Gewinn ziehen: Ein Umtauschkurs von eins zu eins komme nicht in Frage. Gerade das aber hatten sich die DDR-Bürger erhofft; sie dachten, daß sie dank der Währungsunion sofort bessergestellt würden. Dennoch bestehen die Minister und der Bundesbankier auf einem Kurs von zwei zu eins: Zwei Ost-Mark für eine D-Mark, das sei allemal ein vorteilhaftes Angebot an die ostdeutschen Brüder und Schwestern. Für die Arbeitnehmer in der DDR bedeutet „zwei zu eins“ zunächst einmal die totale Verunsicherung. Werden die Löhne und Gehälter halbiert? Verarmen vollends die Rentner, die jetzt schon am Rande des Existenzminimums stehen? Verlieren die Sparer ratsächlich siebzig Milliarden Ost-Mark, die mit einem Federstrich aus dem Verkehr gezogen werden? Den Eintritt in die soziale Marktwirtschaft haben sich die DDR-Bürger wohl anders vorgestellt. Sie wollen die deutsche Einheit eins zu eins - und sie haben recht.

Zwar sind Waigel, Haussmann und Pöhl um Argumente nicht verlegen: Geringe Lohnkosten seien für die kränklichen DDR-Betriebe gleichsam ein Überlebenselixier; der Währungsschnitt „zwei zu eins“ halbiere zudem die Schulden der tief in der Kreide stehenden Unternehmen. Gleichwohl sprechen gewichtigere Gründe für den Kurs von eins zu eins.

Die Beschäftigten in der DDR haben ein niedriges Durchschnittseinkommen. Sie verdienen brutto knapp 1300 Ost-Mark im Monat, das sind vierzig Prozent der Einkünfte bundesdeutscher Arbeitnehmer. Der Umtauschkurs von zwei zu eins aber ließe die 1300 Ost-Mark auf magere 650 D-Mark schrumpfen. Damit kann nun wirklich niemand auskommen, zumal nach der Streichung der Subventionen für Lebensmittel und andere Leistungen die Preise steigen werden. Also müssen die Löhne - wie auch immer - kräftig erhöht werden. Das Wirtschaftsministerium sieht ein, daß sich die Kaufkraft der DDR-Bürger nicht verringern darf“. Die Bundesbank verheißt ihnen gar „ein Netto-Realeinkommen nach Einführung der D-Mark, das eher höher ist als bisher“. Dies auszuhandeln wird freilich den Tarifpartnern zugeschoben - als seien die dafür schon gerüstet oder als könne die DDR jetzt lange Lohnkämpfe brauchen. Also wird das höhere Realeinkommen ohne Subventionen aus dem Westen ein Wunschtraum bleiben. Nicht von ungefähr hatte 1948 Ludwig Erhard als Virtuose der Währungsreform die Löhne eins zu eins umgestellt.

Der Kurs von zwei zu eins ändert auch nichts daran, daß die qualifizierten Fachkräfte nur dann zu halten sein werden, wenn sich ihre Löhne und Gehälter schnell dem bundesdeutschen Niveau anpassen - sonst werden viele in die Bundesrepublik übersiedeln. Den Daheimbleibenden aber, die sich mit einem Billiglohn begnügen müssen, wird es an der nötigen Arbeitsmotivation fehlen; ihr Unmut und ihre massiven Lohnforderungen werden das Investitionsklima verderben.

Auf Dauer kein Billiglohnland

Die westdeutschen Unternehmer wären unglaublich kurzsichtig, wenn sie bei ihren Investitionsentscheidungen darauf abstellten, daß die DDR lange ein Billiglohn-Land bleiben wird. Auf die Dauer kann und soll sich Ostdeutschland nicht an Portugal oder Polen messen. Im Gegenteil: Die DDR steht unter dem Zwang, rasch eine hochmoderne und produktive Wirtschaft aufzubauen. Der Umtausch eins zu eins wird - allerdings auf unbarmherzige Art und Weise - diese Entwicklung beschleunigen.

Wird eins zu eins umgestellt, müßte theoretisch ein Trabi 13.000 D-Mark kosten - zu diesem Preis will ihn niemand haben. Wird aber der Kurs von zwei zu eins bevorzugt und halbiert sich dabei der Preis auf 6.500 D-Mark, mag das vorsintflutliche Fahrzeug noch eine Zeitlang Käufer finden. Dies liefe freilich auf die vorläufige Aufrechterhaltung eines Defizit-Betriebs hinaus. Völlig unproduktiven Branchen wie der Chemie oder der Stahlindustrie kann auch der Umtausch zwei zu eins keine Gnadenfrist gewähren. Alles in allem steht der politische und psychologische Schaden, den „zwei zu eins“ stiftet, in keinem Verhältnis zum zweifelhaften wirtschaftlichen Ertrag. Dabei geht es nicht nur um das Einkommen, sondern auch um die Ersparnisse der DDR-Bürger, insgesamt 176 Milliarden Ost-Mark. Namentlich die alten Menschen, die nach 40 oder 45 Arbeitsjahren eine karge Pflichtrente von wenig mehr als 450 Ost-Mark bekommen, sind existentiell darauf angewiesen. „Um den besonderen sozialen Aspekten Rechnung zu tragen“, gönnt die Bundesbank jedem DDR-Bürger den Umtausch von 2000 Ost-Mark zum Kurs von eins zu eins. Der Rest der Ersparnisse aber soll zwei zu eins umgestellt und damit halbiert werden.

Der „Freibetrag“ von 2000 Mark ist viel zu knapp bemessen. Den Rentnern, die für ihre Alterssicherung ein paar Hunderter oder Tausender mehr auf die Seite gelegt haben, ist die Vernichtung eines Teils ihrer Ersparnisse nicht zuzumuten. Ohnehin stellt sich die Frage, ob nicht die gesamten Sparguthaben eins zu eins umgetauscht (aber nicht gänzlich freigegeben) werden sollten. Im Durchschnitt hat jeder Bürger der DDR 10.000 Ost-Mark auf die hohe Kante gelegt - in der Bundesrepublik sind es 40 000 D-Mark. Ist es staatspolitisch vertretbar, mit der Teilentwertung der DDR-Spargelder das Gefälle weiter zu verstärken? Dies beschwört die Gefahr herauf, daß sich Gesamtdeutschland in eine „Drei-Viertel-Gesellschaft“ verwandelt: drei Viertel Westdeutsche, die im Vergleich gut verdienen und verhältnismäßig wohlhabend sind; ein Viertel einkommensschwache Ostdeutsche, die kaum Ersparnisse besitzen. Eine solche Diskrepanz birgt noch mehr Sprengstoff als die der Bundesrepublik eigene „Zwei-Drittel-Gesellschaft“.

Bonn setzt auf den Mittelstand

Dafür hat die Bundesbank keinen Sinn. Ihre staatspolitische Verantwortung liegt auf einem ganz anderen Gebiet: der Sicherung des Geldwerts. Die Bundesregierung aber muß der explosiven gesellschaftlichen Entwicklung vorbeugen.

Ohnehin setzt Bonn sein Vertrauen auf den Mittelstand, um die DDR zu erneuern. Schätzungsweise achtzig Prozent der (sehr ungleich verteilten) Sparguthaben gehören den Handwerkern, den kleinen Gewerbetreibenden und den haushälterischen Bauern. „Das Handwerk allein müßte 1,3 Millionen Arbeitsplätze bringen“, beteuerte erst kürzlich der designierte Wirtschaftsminister der DDR, der West-CDU-Politiker Elmar Pieroth. Da wäre es absurd, mit dem Umtauschkurs von zwei zu eins das Spar- und Startkapital der künftigen Mittelständler zu beschneiden. Für den Kurs von eins zu eins spricht ganz schlicht, daß die DDR soviel Eigenkapital wie nur möglich braucht, damit sie zu einer leistungsfähigen Volkswirtschaft gedeihen kann.

Allerdings stellen sich bei der Umstellung eins zu eins Schwierigkeiten ein. Die Sparguthaben der Bürger hat das SED-Regime zur Finanzierung von Darlehen an die Betriebe und Kombinate verwendet. Die allermeisten von ihnen werden aber niemals in der Lage sein, diese Kredite - netto über 200 Milliarden Ost-Mark - zu tilgen oder auch nur einen marktgerechten Zins dafür zu zahlen. Der Staat hat das Geld der Sparer verpulvert. Wer soll nun den Schaden tragen?

Die Betriebe wären dazu nicht einmal in der Lage, wenn dank eines Umtauschkurses von zwei zu eins die Schulden halbiert würden. Weil sie praktisch ihren gesamten Gewinn an die Zentral-Verwaltung ablieferten, mußten sie sich haushoch verschulden. Was betrieben wurde, war die laufende Expropriation der Staatsunternehmen durch den Staat. Die Expropriierten nun noch einmal zur Kasse zu bitten wäre absurd. Damit die Firmen eine Überlebenschance haben, müssen ihre Schulden schlichtweg gestrichen werden. Das Riesenloch, das dadurch entsteht, werden wohl oder übel diejenigen stopfen müssen, die Geld haben: die ostdeutschen Sparer und die westdeutschen Steuerzahler.

Der Streit um den Umtauschkurs ist nichts anderes als ein Verteilungskampf. Ein Kurs von zwei zu eins würde bedeuten, daß die Sparer in der DDR für einen Großteil des Schadens aufkommen - ein gutes Stück

ihrer Ersparnisse verschwindet in der Versenkung. Finden sie sich damit ab? „Eins zu eins“ wiederum käme den DDR-Sparern entgegen; die Schuldenlast von 200 Milliarden oder mehr wurde gänzlich dem (gesamtdeutschen) Staat aufgebürdet, vornehmlich also dem bundesdeutschen Steuerzahler. Läßt er sich das gefallen?

Acht Monate vor der Bundestagswahl mag Bundeskanzler Kohl geneigt sein, den Sparern in der DDR mehr Opfer abzuverlangen als den Wählern in der Bundesrepublik. Täte er dies, könnte er sich freilich auf keinem Marktplatz jenseits der Elbe mehr blicken lassen. Obendrein müßte er sich mit einem CDU-Ministerpräsidenten de Maiziere anlegen, der sich der Unterstützung aller Parteien gewiß sein dürfte, nicht nur der nun doch zustande kommenden großen Koalition. Es wird alles nichts helfen: Kohl muß die Bundesbürger zur Kasse bitten.